

Zürcher Oberländer

Donnerstag, 31. März 2022 | Nr. 76 | CHF 3.80 | www.züriost.ch

Ein ZSC-Goalie auf einer Mission

Dieses Playoff ist Jakub Kovars Abschied und seine letzte Chance, einen Pokal nach Hause zu bringen. **Seite 9**



Aus der «Heimat» wird ein E-Schiff

Zweieinhalb Monate dauerte der Umbau auf einen Elektroantrieb. Jetzt ist die «Heimat» zurück in Maur. **Seite 5**

Der entbehrungsreiche Weg nach oben

Drei junge Radprofis aus dem Zürcher Oberland vor der Strassensaison: Wo stehen sie? Wohin wollen sie? **Seite 12**

Service-Desk
044 933 3333
servicedesk@zol.ch
AZ 8620 Wetzikon

ZRZ
Zürcher Regionalzeitungen

BZO-Revision: Nun liegt der Matchball beim Parlament

Illnau-Effretikon Am kommenden Donnerstag berät das Stadtparlament von Illnau-Effretikon die Revision der Bau- und Zonenordnung. Das Werk, das die Rahmenbedingungen für die bauliche Zukunft der Stadt setzt, ist einen jahrelangen Weg gegangen und dementsprechend überfällig. Die Konfliktlust unter den Parteien scheint sich angesichts der Dringlichkeit in Grenzen zu halten, dennoch gibt es den einen oder anderen Punkt, der noch für Diskussionsstoff sorgen wird. (mmu) **Seite 2**

Im Interview

«Auslöser für den «Friedensort» ist der Ukraine-Krieg.»

Peter Luginbühl (FDP), Gemeindepräsident von Rüti
Der Politiker hielt zum Start des Friedenstreffens auf dem Amtshausplatz in Rüti eine Rede. Im Interview sagt er, wie der Anlass weitergehen soll. **Seite 3**

Jahresrechnung von Pfäffikon mit deutlichem Plus

Pfäffikon Die Jahresrechnung von Pfäffikon schliesst mit einem Plus von 4,3 Millionen Franken. Finanzvorstand Stefan Gubler (FDP) zeigt sich zufrieden, obwohl alle drei langfristigen finanziellen Ziele verfehlt wurden. Unter anderem wollte man den Steuerfuss stabil halten. Der Hauptfaktor für den positiven Abschluss sind etwa höhere Steuereinnahmen. (zo) **Seite 2**

Bubikon verliert potenten Steuerzahler

Bubikon Die Schulthess Maschinen AG verlegt ihren Hauptsitz in den Kanton Zug. Auf die Gemeinde kommen damit Steuerausfälle zu.

Jörg Marquardt

Ihre Waschmaschinen und Wäschetrockner sind weithin bekannt: Die Schulthess Maschinen AG gehört zu den bedeutendsten Traditionsfirmen im Zürcher Oberland. Bisher hatte sie ihren Hauptsitz in Wolfhausen. Damit

ist jetzt Schluss. Im Rahmen einer Reorganisation verlagerte das Management den Sitz nach Cham ZG, wie am Mittwoch bekannt wurde. Wolfhausen bleibt als Produktionsstandort weiter erhalten.

Laut CEO Thomas Marder sollen die Unternehmensstrukturen

durch die Anpassung vereinfacht und Schulthess «agiler» werden. Dieser Schritt sei von langer Hand geplant gewesen.

Die Gemeinde Bubikon muss sich mittelfristig auf substanzielle Steuerausfälle einstellen, wie Finanzvorstand Thomas Illi (EVP) gegenüber dem ZO/AvU

erklärt. Er hat die Verlagerung des Hauptsitzes schon befürchtet. Neben den genannten strategischen Gründen vermutet er einen weiteren Faktor bei dem Entscheid für Cham: den Zwist um das Bubiker Stammgleis, das über das Firmengelände von Schulthess verläuft. **Seite 3**

Ustermer Kanti-Schüler spielen «Leonce und Lena»



Uster Heute bis Sonntag spielt das Theateratelier der Kantonsschule Uster Georg Büchners Werk «Leonce und Lena». Zentrale Motive des modern inszenierten Stücks sind Melancholie und Langeweile. **Seite 5** Foto: Christian Merz

Deutschland darf Gas mit Euro zahlen

Berlin Präsident Wladimir Putin hat dem deutschen Kanzler Olaf Scholz zugesichert, dass europäische Unternehmen ihre Rechnungen für russisches Gas weiterhin in Euro begleichen können. Putin habe in einem Telefonat gestern zwar gesagt, dass Gaslieferungen ab dem 1. April in Rubel zu begleichen seien, erklärte ein Regierungssprecher. «Zugleich betonte er, dass sich für die europäischen Vertragspartner nichts ändern werde.» Die Zahlungen sollen demnach weiterhin in Euro an die Gazprom-Bank überwiesen werden, die nicht von Sanktionen betroffen sei. «Die Bank konvertiere dann das Geld in Rubel», zitierte der Sprecher Putin. (zo) **Seite 24**

4000 Geflüchtete sind in Zürich

Zürich Fünf Wochen nach Kriegsausbruch in der Ukraine treffen noch immer jeden Tag über 100 Flüchtlinge am Zürcher Hauptbahnhof oder am Flughafen ein. Im Kanton Zürich dürften sich inzwischen 4000 bis 5000 Kriegsvertriebene aus der Ukraine aufhalten. Dies sagte der Zürcher Sicherheitsdirektor Mario Fehr gestern an einem Medientermin. Eine genauere Angabe ist nicht möglich, weil sich die Ukrainerinnen und Ukrainer in der Schweiz nicht registrieren müssen. Offiziell haben die Behörden Kenntnis von 3000 Personen – gut 1000 dürften es in der Stadt Zürich sein. Die Gemeinden sind inzwischen daran, weitere Unterkünfte bereitzustellen. (zo) **Seite 17**

CS-Spitzenfrau aus China verteidigte Uiguren-Lager

Zürich Die chinesische Ökonomin Jin Keyu soll Ende April von den Aktionären der Credit Suisse in den Verwaltungsrat gewählt werden. Doch hat sie laut Ralph Weber, China-Experte an der Universität Basel, in der Vergangenheit wiederholt eine Sichtweise vertreten, die der offiziellen Position des chinesischen Parteistaats sehr nahe kommt. (zo) **Seite 25**

BAG hat noch keine Lösung, wie Corona überwacht wird

Bern Die besondere Lage wird aufgehoben. Der Bund will die Pandemie nur noch beobachten.

Ab morgen will der Bund die Pandemie lediglich beobachten. Mit dem Ende der besonderen Lage per 1. April, das die Landesregierung gestern beschlossen hat, sind neu die Kantone für die meisten Aufgaben zuständig. Beim Bund angesiedelt bleibt insbesondere die Überwachung der epidemiologischen

Lage. Diese sei wichtig, um im Herbst nicht nochmals vom Virus überrascht zu werden, sagte Gesundheitsminister Alain Berset nach der Sitzung des Bundesrats.

Doch wie Recherchen zeigen, ist die Überwachung für die neue Phase der Pandemie nicht bereit. Wichtige Programme laufen aus

oder sind nicht fertig aufgestellt. Da sind zum Beispiel die Gensequenzierungen, die zeigen, welche Virusvarianten gerade verbreitet sind. Dass es dafür eine Nachfolgelösung braucht, ist seit Monaten klar. Nur gab es diese bisher nicht – der Bund hat sich noch nicht mit den beteiligten Laboren einigen können. Die

zuständigen Forscherinnen und Forscher werden zunehmend ungeduldig. Denn sie wissen noch immer nicht, wofür der Bund künftig zahlt. Sie möchten gern mehr machen als bislang, dem Bund schwebt eine günstigere Lösung vor.

Die Regierung hat gestern beschlossen, die Isolationspflicht

für Infizierte sowie die Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr und in Gesundheitseinrichtungen aufzuheben. Ferner wird die Covid-App vorübergehend deaktiviert. Damit kehrt die Schweiz zur sogenannten normalen Lage gemäss Epidemienengesetz zurück. Und dabei soll es laut Berset auch bleiben. (zo) **Seiten 22 und 23**



Inserate

Rubriken

■ Amtliche Anzeigen 4
■ Todesanzeigen 16